



Regierung des Fürstentums Liechtenstein  
Ministerium für Gesellschaft und Kultur  
Regierungsrat Manuel Frick  
Peter-Kaiser-Platz 1  
Postfach 684  
9490 Vaduz

Vaduz, 29. November 2023

Bürgermeisteramt / Roland Ospelt / +423 237 78 12 / roland.oselt@vaduz.li  
Ref.: pmi/roo / Akte: 01.01.05

## Stellungnahme zur Totalrevision des Archivgesetzes

Sehr geehrter Herr Regierungsrat, *lieber Manuel*

Mit Schreiben vom 12. September 2023 lädt die Regierung die Gemeinde Vaduz ein zur Totalrevision des Archivgesetzes Stellung zu beziehen. Für diese Möglichkeit bedanken wir uns.

### Ausgangslage

Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein schlägt im erwähnten Vernehmlassungsbericht eine Totalrevision des Archivgesetzes vor. Die Gemeinden haben hierzu eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitet.

### Stellungnahme

#### Allgemeines

Die Gemeinde Vaduz begrüsst die Totalrevision des Archivgesetzes. Ein Archiv, ob Landes- oder Gemeindearchiv, ist wie im Vernehmlassungsbericht beschrieben, ein "Institutionelles Gedächtnis", ein wichtiger Bereich für die künftige Geschichtsschreibung.

Das Gemeindegesetz hält in Art. 65 die Pflicht der Gemeinden zur Führung eines eigenen Archives fest.

Die Gemeinde Vaduz beschränkt sich in ihrer Stellungnahme auf einzelne Punkte des Gesetzes. Das Gesetz selbst als Ganzes wird begrüsst und ist in sich stimmig.

Es fehlt jedoch nach wie vor eine Definition, was als "archivwürdig" anzusehen ist, gerade wenn das Spannungsfeld Archiv vs. Datenschutz betrachtet wird. Die Gemeinde Vaduz würde ein umfassendes Musterreglement mit Bewertungsrichtlinien begrüßen.

## 2. Begründung der Vorlage

### b) Im Bereich der Technologie

Die analoge Schriftguttradition wird durch die digitale Aktenverwaltung ersetzt (z.B. LiVE, die Liechtensteinische Aktenverwaltung der Liechtensteinischen Landesverwaltung sowie ELO, GEVER.li, die elektronische Aktenverwaltung einiger aller Gemeinden).

## 4. Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln

### *Zu Art. 7 Archivierung von Archivgut der Gemeinden*

*Art. 7 Abs. 1 regelt die Archivierungspflicht der Gemeinden, der sie auf unterschiedliche Art und Weise nachkommen können. Entweder sie führen das Archiv selbständig oder in Kooperation mit einer anderen Gemeinde, die über ein Gemeindearchiv verfügt. Möglich ist auch die Auftragsvergabe an Archivdienstleister.*

Zwei oder mehrere Gemeinden können gemeinsame Synergien, z.B. ein Archivgebäude, nutzen, sollten aber aus kommunal-rechtlichen Gründen voneinander unabhängige Gemeindearchive führen.

### Art. 1 Gegenstand und Zweck Abs. 2)

*Es (das Gesetz) findet keine Anwendung auf*

*a) gesetzlich anerkannte Kirchen, Religionsgesellschaften oder religiöse Vereine*

Es ist nicht nachvollziehbar, wieso diese gesetzlich anerkannten Institutionen von der Führung eines Archives nicht betroffen sein sollen. Zumal in den Erläuterungen darauf verwiesen wird, dass diese Nicht-Anwendung nur "nicht öffentliches Archivgut" betrifft. Die Gemeinde Vaduz ist der Ansicht, dass auch diese Institutionen, welche künftig über das Religionsgemeinschaftengesetz gesetzlich anerkannt sein sollen, auch zur Führung eines Archives verpflichtet sein sollen. Zudem ist die erwähnte Abgrenzung öffentliches - nicht-öffentliches Archivgut durch nicht-Fachpersonen kaum zu treffen.

### Art. 3 Bst. f

Die Gemeinde Vaduz regt an, den Terminus "Gemeindeverbände" ersatzlos zu streichen. Im Gemeindegesetz ist die Rede von "Zweckverbänden", "Gemeindeverbände" sind in Liechtenstein nicht bekannt.

### Art. 3 Bst. g in Verbindung mit Art. 5 Abs. 3) sowie Abs. 4)

Für die Gemeinde Vaduz ist nicht klar, was bei der Anstalt, welche von einer Gemeinde für einen bestimmten Zweck eingerichtet worden ist (z.B. Schwimm- und Badeanstalt Mühleholz der Gemeinden Vaduz und Schaan mit dem Archivgut geschieht: ist dieses bei der Anstalt oder bei der Gemeinde Vaduz aufzubewahren.

Nicht im Gesetz geregelt sind wiederum andere Einrichtungen von öffentlichem Interesse, wie z.B. die Alpgenossenschaften. Sie werden in Art. 5 Abs. 4) indirekt angesprochen, aber nicht wirklich klar.

Denkbar ist z.B., dass das Archivgut nach einer Frist von 10 Jahren zu der jeweilig federführenden oder betroffenen Gemeinde transferiert wird, und diese für die weitere Bearbeitung zuständig ist.

#### Art. 7 Archivierung von Archivgut der Gemeinden Abs. 2) und 3)

*2) Unterlagen, die bei Gemeinden und Gemeindeverbänden anfallen und die nach Abschluss des Aktes nicht mehr benötigt werden, sind nach dem Ablauf einer in den jeweiligen Gemeindeordnungen festgelegten Aufbewahrungsfrist, jedoch spätestens nach 30 Jahren nach Eröffnung des Aktes, zur Archivierung anzubieten.*

Die Gemeindeordnung ist nicht der richtige Ort für eine solche Regelung. Es ist zwar richtig, dass nach dem Gemeindegesetz die Gemeindeordnung eine der obersten Richtlinien der Gemeinden ist. Dennoch: in den Gemeindeordnungen sind ganz andere, eher allgemeine Punkte festgehalten. Zudem ist die Abänderung der Gemeindeordnung, sofern sie nicht durch ein anderes Gesetz zwingend vorzunehmen ist, über eine Volksabstimmung vorzunehmen, da eine solche Änderung ein "Erlass" im Sinne des Gesetzes ist (GemG Art. 25 Abs. 2 Bst. a).

*3) Der Gemeinderat kann durch Verordnung nähere Bestimmungen über die Anbieter- und Ablieferungspflicht von Unterlagen für die Archivierung aller ablieferungspflichtigen Stellen gemäss Art. 3 Bst. f erlassen.*

Hierzu ist anzumerken, dass die Gemeinden bzw. der Gemeinderat keine "Verordnungen" erlassen. Die Gemeinden erlassen "Reglemente". Die Regierung wird gebeten, diese entsprechend in der Gesetzesvorlage zu ändern.

#### Art. 7 Archivierung von Archivgut der Gemeinden Abs. 4)

Hier ist zu ergänzen, dass Archivgut der Gemeinden auch mittels Vertrag an das Landesarchiv übergeben werden kann, wie dies bisher immer wieder auch der Fall ist. In einem solchen Fall muss weiterhin dieser Vertrag und das entsprechende Eigentum z.B. der Gemeinde gelten.

Zudem ist eine Übergangsregelung wichtig, um vertragslose Zustände zu regeln. Es gibt z.B. Urkunden der Gemeinde Vaduz im Landesarchiv; zu welchen keine Regelung über das Eigentum vorhanden ist.

#### Art. 11 Benutzung von öffentlichem Archivgut

*3) Zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung oder aus besonders berücksichtigungswürdigen Gründen, insbesondere zur Wahrung persönlicher Rechte, kann vor dem Ablauf der Schutzfrist gemäss Art. 10 Abs. 1 und 3 auf schriftlichen Antrag die Benutzung von öffentlichem Archivgut durch die zuständige archivierende Stelle bewilligt werden, wenn keine gesetzlichen Vorschriften entgegenstehen.*

Gemäss Gemeindegesetz Art. 52 leitet der Gemeindevorsteher die Verwaltung. Ein schriftlicher Antrag zur Benutzung von öffentlichem Archivgut vor Ablauf der Schutzfrist gemäss Art. 10 Abs. 1 und 3 kann vom Gemeindevorsteher bewilligt werden, wenn keine gesetzlichen Vorschriften entgegenstehen.

*5) Die Gemeinde kann durch Verordnung, öffentlich-rechtliche Anstalten und Stiftungen können durch Reglement nähere Bestimmungen über die Benutzung von öffentlichem Archivgut der jeweiligen Gemeinde bzw. der jeweiligen öffentlich-rechtlichen Anstalt oder Stiftung erlassen.*

Hier gilt zum Thema "Verordnung" dasselbe wie im vorhergehenden Abschnitt: die Gemeinden erlassen "Reglemente".

#### Art. 12 Recht auf Auskunft und Gegendarstellung Abs. 4

*4) Machen Personen glaubhaft, dass öffentliches Archivgut eine falsche Tatsachenbehauptung enthält, die sie erheblich in ihren Rechten beeinträchtigt, können sie bei der zuständigen archivierungspflichtigen Stelle verlangen, dass dem betreffenden Archivgut eine von der betroffenen Person verfasste Gegendarstellung beigelegt wird.*

*(...)*

*Dem Antrag ist die Gegendarstellung beizufügen. Über den Antrag entscheidet in erster Instanz a) (...)*

*b) bei öffentlichem Archivgut der Gemeinden der Gemeinderat,*

Gemäss Gemeindegesetz Art. 52 leitet der Gemeindevorsteher die Verwaltung. Dem soll auch hier Rechnung getragen werden, indem er bzw. sie die erste Entscheidungsinstanz ist. Es ist nicht ersichtlich, wieso gleich zu Beginn schon der Gemeinderat begrüsst werden soll, wenn dies schneller und einfach via Gemeindevorstehung möglich ist.

Diese Stellungnahme wurde im Rahmen der Sitzung vom 28. November 2023 des Gemeinderates Vaduz verabschiedet. Wir danken der Regierung für die Kenntnisnahme unserer Überlegungen und stehen für Fragen zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Bürgermeisteramt

Petra Miescher  
Bürgermeisterin

Kanzlei

Roland Ospelt  
Stv. Leiter Kanzlei

Mail: – Ministerium für Gesellschaft und Kultur (kultur@regierung.li)